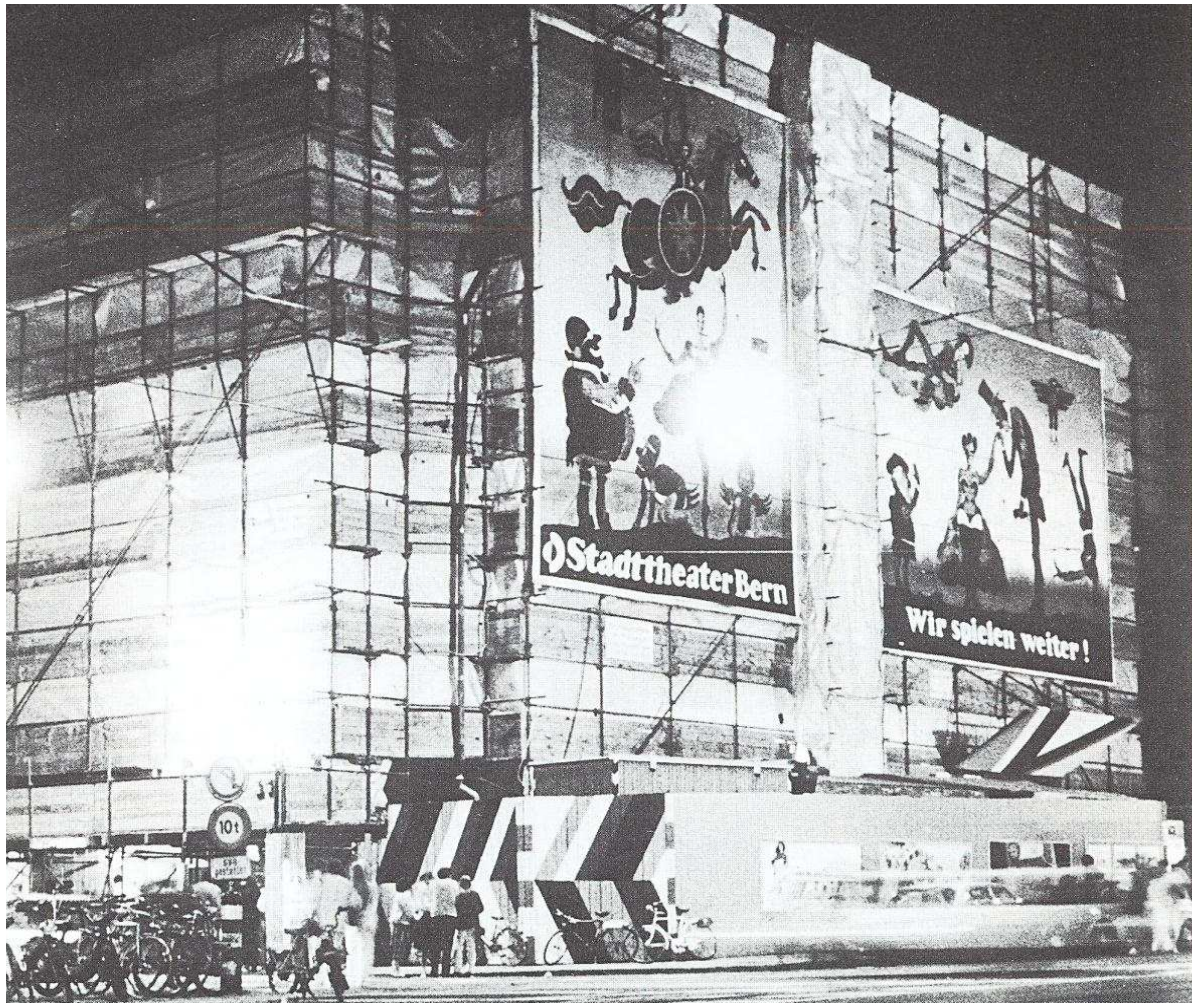


Warum ist die Stadt Bern auf kantonaler Ebene so erfolglos?



Umbau und Renovation Stadttheater Bern, 1980-1994

Politisch gesehen ist der Kanton Bern in 5 Verwaltungsregionen aufgeteilt: Berner Jura, Bern-Mittelland, Emmental-Oberaargau, Oberland und Seeland. Wichtigstes wirtschaftliches Zentrum ist Bern-Mittelland mit der Kantons- und Bundeshauptstadt Bern. Seit vielen Jahren ist allerdings festzustellen, dass die Stadt Bern Mühe hat, diese Position einzunehmen und zu verteidigen, geschweige denn auszubauen. Zu beobachten ist, dass sich die anderen Regionen in kantonalen Abstimmungen bei regionalpolitischen Fragestellungen geschickter verhalten. Speziell die ländlichen Regionen können sich offenbar

partei- und regionenübergreifend organisieren und sich so erfolgreich im Grossen Rat für ihre wirtschafts- und regionalpolitischen Interessen einsetzen. Anders die Stadt Bern, die in der Vergangenheit einige Niederlagen zur Kenntnis nehmen musste, jüngstes Beispiel: der Entscheid des Grossen Rates bezüglich des Campus BFH. Die vorliegende Studie der Entente Bernoise geht deshalb der Frage nach, warum die Stadt Bern als Wirtschafts- und Forschungszentrum des Kantons Bern bei kantonalen wirtschaftspolitischen Entscheidungen oft nicht durchsetzen kann.

Entscheid Campus BFH

Der Entscheid des Grossen Rates zum neuen Campus für die Berner Fachhochschule BFH zu Gunsten des Standortes Burgdorf und gegen den Standort Bern ist eine grosse Enttäuschung und wirft Fragen zur Durchsetzungsfähigkeit der Stadtberner Regierung auf kantonaler Ebene auf. Ursprünglich entschied der Regierungsrat des Kantons Bern, die Standorte der BFH in Bern und Biel zu konzentrieren. Burgdorf hatte das Nachsehen. Die Region Emmental-Oberaargau wehrte sich aber gegen die drohende Schliessung und setzte schliesslich durch, dass der Grosse Rat einen Bericht zur Standortevaluation in Auftrag gab. Der Bericht stand Mitte März 2012 zur Diskussion im Grossen Rat. Dieser entschied mit 118 zu 26 Stimmen die Annahme und damit für den Standort Burgdorf.

Was hat Bern gemacht?

Die Stadt Bern ging – wieder einmal – leer aus. Nach dem Entscheid reichten vier Berner Stadträte (BDP, CVP, EVP, GLP) eine Dringliche Interpellation z. H. des Berner Gemeinderates ein und fragten, was dieser im Vorfeld zur Abstimmung unternommen habe. In der Antwort vom 02.05.2012 weist der Gemeinderat darauf hin, dass man ein qualitativ hochstehendes „Bewerbungsdossier“ eingereicht habe und im Rahmen von zwei Veranstaltungen mit den stadtbernerischen und regionalen Mitgliedern des Grossen Rates die Position des Gemeinderates dargelegt und diskutiert habe. Im Weiteren hätten die städtische und regionale Wirtschaftsförderung „Wirtschaftsraum Bern“ das Lobbying der Berner Wirtschaft organisiert. Zahlreiche Wirtschaftsvertreter in und um Bern hätten sich zur BFH am Standort Bern bekannt und sich in einem Komitee zusammengeschlossen und direkt bei Mitgliedern des Grossen Rates interveniert. Der Wirtschaftsraum Bern habe auch eine Initiative aus den Reihen des Stadtrats unterstützt, mit welcher schriftlich an alle Grossrätinnen und Grossräte appelliert wurde – allerdings erst im Februar 2012, also etwa einen Monat vor der Grossrats-Debatte. Offensichtlich reichte das nicht mehr. Lediglich 11 der 20 Stadtberner Grossräte stimmten gegen den Bericht und damit gegen den Standort Burgdorf.

Was hat Burgdorf anders gemacht?

Die Massnahmen der Stadt Bern kamen zu spät, waren unkoordiniert und erreichten kaum mediale Wirksamkeit – im Gegensatz zu denen von Burgdorf. Burgdorf schmiedete früh Koalitionen (Herbst 2011), konnte die Regionen Emmental, Oberaargau und Seeland hinter sich bringen, mobilisierte unter dem Lead von Stadtpräsidentin und Grossrätin Elisabeth Zäch (SP/Burgdorf) quer durch alle Parteien (Komitee Campus Burgdorf) und führte einen professionellen Abstimmungskampf. Entscheidend und vor allem mehrheitsfähig war schliesslich der Vorschlag des Wanzwiler BDP-Grossrats Dieter Widmer. Dieser sah vor, dass die Seeländer sich für den Standort Burgdorf aussprachen, die Emmentaler und Oberaargauer im Gegenzug für den Bau des Campus Biel in voller Grösse stimmten.

Nicht das erste Mal

Die Niederlage im Falle des Campus BFH ist nicht die erste und reiht sich ein in eine Anhäufung von Negativentscheiden gegen die Stadt Bern. Im Herbst 2011 wurde im Grossen Rat entschieden, ob es eine Verlagerung der Ausbildungsplätze für Bekleidungsgestalter von der Berufs-, Fach- und Fortbildungsschule BFF in Bern hin zur Schlossbergschule in Spiez geben soll. Das Oberland bekam damals Schützenhilfe aus dem Emmental-Oberaargau. Elisabeth Zäch (Grossrätin SP/Burgdorf) betonte, dass die Schulen ein gutes Mittel seien, um die Regionen zu stärken. Der Grosse Rat war auch dieser Meinung (64 JA zu 46 NEIN Stimmen bei 33 Enthaltungen) und entschied sich für die Verlagerung von Bern nach Spiez – obwohl der Regierungsrat zuerst im Rahmen des Sparpakets beschlossen hatte, die Schlossbergschule in Spiez zu schliessen.

Ebenfalls in derselben Session kürzte der Grosse Rat den Kantonsanteil des Planungskredits für die Sanierung des Stadttheaters Bern um ein Drittel, obwohl der Verteilungsschlüssel zwischen Stadt und Kanton eigentlich klar war. Es waren bürgerliche Grossräte aus Münchenbuchsee und dem Oberland (Thun, Reichenbach), welche den Kürzungsantrag einbrachten, bzw. die Voten dafür ergriffen und erfolgreich im Grossen Rat durchbrachten.

Eine weitere Enttäuschung war die Ablehnung des Tram Bern West im Jahr 2004. Nachdem der Grosse Rat mit überwältigendem Mehr die Vorlage zum Tram Bern West genehmigte (140 JA zu 10 NEIN Stimmen bei 11 Enthaltungen) wurde aus der Bevölkerung erfolgreich das Referendum dagegen ergriffen. Die Gegner setzten sich zusammen aus Personen aus dem Gebiet Bümpliz und Randregionen des Kantons Bern. Im Mai 2004 verwarfen die Berner Stimmberechtigten die Vorlage sehr knapp mit einem Stimmanteil von 50.5% NEIN zu 49.5% JA. Seitens der Stadt Bern wurde zwar eine Pro-Kampagne geführt, allerdings konnte der Bevölkerung aus den Randregionen nicht erklärt werden, weshalb CHF 100 Millionen gerade in der Stadt, die bereits alles hat, investiert werden sollen. Ebenfalls konnte der volkswirtschaftliche Nutzen nicht hervorgehoben werden. Im Lager der Gegner sah man die Vorlage Tram Bern West vielmehr als Prestige-Projekt der Stadtberner Behörden.

Zusammenfassend kann man sich der Aussage von Philipp Müller (Grossrat FDP/Stadt Bern) im Zusammenhang mit dem BFH-Entscheid nicht ganz verwehren: „Der bürgerliche Grosse Rat ist gegen alles, was aus der rot-grünen Hölle Stadt Bern kommt.“ Die Stadt Bern, bzw. deren Regierung hat offenbar ein grösseres Image-Problem.

Bern findet keine Koalitionspartner

Bern tut sich schwer damit, Koalitionen mit anderen Regionen einzugehen. Wie man an den jüngsten Beispielen sieht, spannen eher ländlich geprägte Regionen wie das Emmental, Oberaargau, Seeland und das Oberland zusammen – überparteilich und überregional. Die Regionen Oberland und Thun beispielsweise haben vor einigen Jahren den Oberländerrat ins Leben gerufen. Dort werden jeweils vor den Grossratssessionen wichtige Geschäfte besprochen und Schwerpunkte gesetzt (so auch das Vorgehen gegen die Schliessung der Schlossbergschule). Wenn die anschliessende Konsultativabstimmung einstimmig ist, geht der Oberländerrat damit an die Presse. Gemäss Christine Häslar (Grossrätin Grüne/Burglauenen) ist es aber manchmal auch ein emotionaler Entscheid, wenn gegen die Stadt gestimmt wird. Die ländlichen Regionen fühlen sich benachteiligt

durch die starke Zentralisierung in Bern (z.B. durch die Aufhebung der Regierungsstatthalterämter nach der Bezirksreform) und wollen ab und zu ein Zeichen setzen. So schweissen gemeinsame Probleme und lokale Werte die Regionen zusammen. Dennoch wäre man grundsätzlich offen für eine Dialogplattform Stadt-Land. Dazu braucht es aber eine Gesprächsbereitschaft (auch von Seiten der Stadt Bern) und ein Entgegenkommen von beiden Seiten. Dabei muss über Parteigrenzen hinweggesehen, Sachpolitik betrieben und vor allem auf Augenhöhe politisiert werden können sagt Christine Häslar. Zudem brauche es Sympathieträger, welche Partnerschaften eingehen können und wollen und das Gesicht einer Region widerspiegeln. Beispiele aus Burgdorf (Zäch/SP) oder Biel (ehemals Stöckli/SP) zeigen, dass links regierte Städte in Bern auf kantonaler Ebene erfolgreich und wirtschaftsfreundlich auftreten, über Parteigrenzen hinweg für lokale Interessen mobilisieren können und die Stadtpräsidenten als Vertreter einer ganzen Region wahr genommen werden.

Schlechtes Image und mangelnde Vernetzung

Die Stadtberner Regierung hat zudem Mühe, sich ein seriöses, wirtschaftsfreundliches Image zu geben. Dem Stadtpräsidenten wird in der (politischen) Öffentlichkeit und vor allem in Wirtschaftskreisen nicht immer Glauben geschenkt. Abschätzige Aussagen (er weine der Credit Suisse keine Träne nach, als diese bekanntgab, ihren Stadtberner Hauptsitz im Berner Murifeld und ihren Standort im Könizer Steinhölzli aufzugeben und in die Gemeinde Muri zu ziehen), sind schwer nachzuvollziehen und senden ein unmissverständliches Signal an die Wirtschaft. Bernhard Eicher (Stadtrat Bern/FDP) wünscht sich, dass der Gemeinderat besser vernetzt ist und eine wirtschaftsfreundlichere Haltung einnimmt: „Persönliche und wirtschaftlich Vernetzung, sind Voraussetzungen für die Interessenvertretung. Eine bessere Vernetzung und eine wirtschaftsfreundlichere Haltung der Regierung würden helfen, bei künftigen Abstimmungen Mehrheiten zu finden.“ Statt sich wirtschaftsfreundlicher zu geben, versteckt sich die Berner Regierung aber allzu gerne hinter dem sogenannten Anti-Stadt-Reflex.

In Wahrheit ist das aber nur eine Selbstschutzbehauptung. Die Stadt Bern als grösste Gemeinde des Kantons fällt öfters durch eine arrogante Haltung auf. Beispielsweise mit der Verkehrspolitik in der Agglomeration, wo Nachbargemeinden mit Zufahrtsbeschränkungen schikaniert werden. Auch der Ruf nach mehr Geld für Zentrumsleistungen und gleichzeitig lockerer Ausgabenpolitik zum Aufbau von neuen Stellen (z.B. für Gleichstellungsbüros) lösen mancherorts Kopfschütteln aus. Leider hat auch die jüngste Road Pricing Diskussion, die jetzt allerdings national geführt wird, der Stadt Bern nicht zu einem sympathischeren Image verholfen. Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, dass die Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden und Regionen eher schwierig zu realisieren ist. Mit einem derartigen Verhalten wird die Stadt Bern kaum Mehrheiten für ihre Ideen finden (die Vertretung der Stadt Bern und Agglomeration im Grossrat käme auf ungefähr 60 Grossräte).

Kein Lead – keine Lobbyarbeit

Um die wirtschaftspolitischen Interessen der Stadt Bern auf kantonaler Ebene durchzusetzen, müsste der Gemeinderat zudem den Lead übernehmen und damit auch die Lobbyarbeit aufbauen und koordinieren. Mit einem Budget der Wirtschaftsförderung von über CHF 3.5 Mio und dem gewaltigen Beamtenapparat sollte es möglich sein, frühzeitig zu wissen, was politisch läuft und bei kantonalen Abstimmungen die Berner Grossräte zu begleiten und Koalitionspartner zu suchen. Zudem hat die Bundes- und Kantonshauptstadt hohe Zentrumslasten (Kulturinstitutionen, Infrastruktur) und beherbergt kostenintensive gesamtkantonale Einrichtungen wie Theater, Spitäler, Hochschulen, etc. Viele Grossräte sind ausserdem ehemalige Stadträte und hätten damit die optimale Voraussetzung, um sich gemeinsam für die lokalen wirtschaftspolitischen Interessen einzusetzen. Aber in Bern ist oft die Parteizugehörigkeit wichtiger als die Sachpolitik und der Gemeinderat ist nicht in der Lage diese Grenzen zu überwinden, geschweige denn den Lead zu übernehmen.

Die Bilanz der Entente Bernoise:

- Die Stadt Bern schaffte es zum wiederholten Male nicht, sich in Position zu bringen und die eigenen Interessen auf kantonaler Ebene zu vertreten.
- Die schwache Glaubwürdigkeit des Gemeinderates und die wirtschaftsfeindliche Haltung des Stadtpräsidenten erschweren die Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden, Regionen und Partnern.
- Der Auftritt von Regierungsmitgliedern der Stadt Bern kommt im übrigen Teil des Kantons nicht gut an und wirkt oft überheblich.
- Eine Leaderfigur oder ein Sympathieträger, wie sie in den anderen Regierungen des Kantons (z.B. Biel, Burgdorf, Thun) zu beobachten sind, gibt es in der Berner Stadtregierung nicht.
- Die sachlichen wie auch die personellen Voraussetzungen für ein professionelles Lobbying wären da.

Die Entente Bernoise fordert deshalb:

Um zukünftig erfolgreicher zu sein braucht die Stadt Bern:

- Ein Mitglied des Gemeinderates, welches den Lead übernimmt.
- Engagement der Stadtregierungsmitglieder zu Gunsten des Image der Stadt. Dazu zählen eine bessere Vernetzung, ein wirtschaftsfreundliches Auftreten und im besten Fall der Aufbau eines Sympathieträgers, welcher als Gesicht der Stadt über Bern hinaus respektiert und geschätzt wird.
- Ein systematisches und frühzeitiges Erkennen von möglichen Konfliktpunkten, beispielsweise durch gezielte Vorbereitung der Grossratssessionen.
- Ein institutionalisiertes Lobbying, welches professionell aufgebaut und geführt wird. Finanziert könnte die Lobbyarbeit durch das heutige Budget der Wirtschaftsförderung der Stadt Bern werden.

05/2012